

Bildung



Eine Generation erhebt selbstbewusst die Stimme: „Niemand kann unser Denken regieren. Wir wollen selber über unsere Zukunft diskutieren, damit das nicht immer andere tun und über uns entscheiden.“ Fotos: Andy Urban

den USA, Japan, den asiatischen Tigerstaaten, bald aber auch mit den Schwellenländern China und Indien hat sich die EU zum Handeln entschlossen. Unter Punkt 5 der Lissabon-Erklärung vom 24. März 2000 wird dieser „Weg in die Zukunft“ so beschrieben: „Die Union hat sich heute ein neues strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen.“

Mit der Bologna-Deklaration vom 19. Juni 1999 soll ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum geschaffen und mit dem eu-

ropäischen Wirtschaftsraum zur Deckung gebracht werden. So stellt auch die Europäische Kommission per Mitteilung vom 5. Februar 2003 über „Die Rolle der Universitäten im Europa des Wissens“ klar: „Es soll erreicht werden, dass die europäischen Hochschulen eine maßgebliche Rolle bei der Erreichung des strategischen Ziels spielen, das der Europäische Rat auf seiner Tagung von Lissabon festgelegt hat.“

Und hier setzt ein zentraler Kritikpunkt der Bologna-Gegner an; dass nämlich Wissen um der Erkenntnis willen ausgedient hat und ab sofort voll und ganz als Ressource und Kapital für wirtschaftliche

Zwecke instrumentalisiert werden soll, wie auch die Kommission ungeschminkt schreibt: „Das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung zur Wissensgesellschaft sind offensichtlich in hohem Maße abhängig von vier miteinander zusammenhängenden Elementen: Schaffung neuen Wissens, Einbringung dieses Wissens in die allgemeine und berufliche Bildung, Verbreitung mittels Informations- und Kommunikationstechnologien und Nutzung durch die Industrie oder im Rahmen neuer Dienstleistungen. Die europäischen Hochschulen spielen demnach die Schlüsselrolle in diesem neuen Prozess.“

Neben dem Kampf gegen Bologna als europäisches Bildungskonzept ist es den Studenten genauso wichtig, den Bologna-Prozess in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext zu stellen: „Er ist Teil der EU-Lissabon-Strategie, die Bildung als Kapital sieht und damit der Wettbewerbsfähigkeit unterordnet. Außerdem bedeutet sie einen Angriff auf den Sozialstaat, den Ausverkauf öffentlichen Eigentums und die Anpassung der Lohnstandards nach unten. Unser Motto lautet daher: Gemeinsam dem Bildungs- und Sozialabbau entgegentreten.“

Diese Jugend ist politisch

Wortwörtlich so formulierte es eine Sprecherin im Aufruf zur Wiener Bologna-Demo. Die jungen Menschen wollen sich nicht mehr für dumm verkaufen lassen. „Angesichts der Milliardenunterstützung für Banken ist das Argument der Politik, es gäbe weder Geld für die Finanzierung der öffentlichen Bildung noch für Pensionen und Sozialleistungen, blanker Zynismus“, heißt es in einer „Bologna-burns“-Erklärung. Wissen und Bildung stellen für die Aktivisten „als öffentliches Gut auch ein soziales Recht dar, und ihr Nutzen geht weit über den einer ökonomischen Verwertbarkeit hinaus“.

Nein, diese Jugend ist nicht unpolitisch. Diese Jugend will selbstbestimmt denken, Ansprüche formulieren und Visionen leben. Zitat: „Gemeinsam stehen wir für eine politische Praxis, die Menschen vor Profite stellt, über Alternativen eines sozialen Europas diskutiert und zu einer politischen Wende weg von Neoliberalismus hin zu solidarischen und verantwortungsvollen Formen des Zusammenlebens beiträgt.“ Aber wie soll das politische Establishment das verstehen, wo doch schon ein ehemaliger Bundeskanzler süffisant meinte: „Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen.“

www.bolognaburns.org
www.unsereuni.at

Die Langversion ...

... des Artikels und weitere Bilder von der Demo finden Sie auf:

www.economy.at